

## AKTUELLE STUNDE

## „EIN ERSTER, WICHTIGER ERFOLG FÜR BREMEN!“

Die jüngste Ministerpräsidentenkonferenz in Potsdam hat ein ermutigendes Signal zur künftigen Gestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs gesetzt: Gemeinsam haben die Ministerpräsidenten und Bürgermeister ein klares Bekenntnis dazu abgegeben, dass auch künftig Hilfen für hochverschuldete Länder notwendig sind. Darum ging es auch heute in einer Aktualen Stunde in der Bürgerschaft.

Der SPD-Abgeordnete Arno Gottschalk würdigte dieses Bekenntnis als „ersten wichtigen Erfolg“ für Bremen. Nachdem in der Vergangenheit durchaus auch andere Töne zu hören gewesen seien, habe sich nun offenbar in allen Ländern die Erkenntnis durchgesetzt, dass Schulden eben nicht mit Schuld zu verwechseln seien: „Bremen ist – das hat auch das Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigt - ohne selbst daran ‚Schuld‘ zu sein, in eine Haushaltsnotlage geraten“, betonte Gottschalk. Hauptproblem dabei: Der Altschuldenberg, den das kleinste Bundesland mit sich trägt.

„Jedes Land ist für die Schulden verantwortlich, die es gemacht hat“, hieß es



Arno Gottschalk



dazu noch vor kurzem aus Bayern. „Vor diesem Hintergrund konnte man pessimistisch sein, ob es bei einer Neuregelung der Bund-Länder-Finanz und des Länderfinanzausgleichs zu einer gemeinschaftlichen Lösung für die Altschuldenfrage kommen wird“, erklärte Gottschalk. Nun aber habe sich die Situation geändert: „Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich klar dazu bekannt, dass Hilfen für die besonders hochverschuldeten Länder notwendig sind.“

Gleichzeitig räumte Gottschalk ein, dass der von Bremen erhoffte Altschuldenfonds keine Mehrheit fand: „Im Raum stehen stattdessen Zinshilfen für die besonders hoch verschuldeten Länder“. Dabei dürfe es allerdings nicht um einen „Festbetrag“ gehen, so der Sozialdemokrat: „Es muss vielmehr ein struktureller Mechanismus gefunden werden, um Mindereinnahmen und größere Mehrbelastungen, die beispielsweise durch steigende Altschulden-Zinsen entstehen können, abzufedern.“

Gefragt sei in diesem Zusammenhang zudem der Bund.

„Der Länderfinanzausgleich zielt vornehmlich auf eine Angleichung der Ländereinnahmen ab. Er berücksichtigt demgegenüber nur unzureichend die Ausgabe-seite: nämlich die sehr unterschiedlichen Belastungen der Länder insbesondere bei den von den Ländern nicht beeinflussbaren Sozialausgaben.“ Umso wichtiger sei es daher, dass der Bund einen größeren Teil der durch Bundesgesetze bestimmten Ausgaben trägt.

Gottschalks Fazit: „Bei der Altschuldenfrage wird es um ein Bündel von Maßnahmen gehen, die in der Summe hinreichen müssen, um Bremen Luft für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen zu verschaffen.“ Dieses Ziel werde allerdings noch eine Menge harter Arbeit erfordern, so Gottschalk: „Die Ministerpräsidentenkonferenz in Potsdam war auf diesem Weg ein erster, grundlegender Erfolg. Und das macht Mut!“

## GESETZESÄNDERUNG

## BEAMTENBESOLDUNG WIRD ANGEPAST

Max Liess redete in der heutigen Debatte zur Beamtenbesoldung nicht lang um den heißen Brei herum: „Wir müssen eingestehen, dass unser Vorschlag zur Besoldungserhöhung nicht tragfähig war“, betonte der Haushaltsexperte der SPD-Fraktion. Hintergrund: Bremen hatte sich ursprünglich an die geplante Besoldungserhöhung in Nordrhein-Westfalen angelehnt. Genau dieser Regelung hatte das dortige Verfassungsgericht allerdings vor einigen Monaten einen Riegel vorgeschoben.

Liess: „Zwar war der Beschluss des Gerichtes für uns nicht bindend, aber es wäre politisch instinktiv gewesen, dies einfach zu ignorieren.“ Gerügt hatte das Gericht insbesondere, dass die höheren Besoldungsgruppen keine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten sollten, die anderen Gruppen aber eben doch. Heute nun wurde in erster Lesung eine vom Senat vorgelegte Geset-

zesänderung beschlossen, die diese Kritik aufnimmt.

„Für die unteren Besoldungsgruppen ändert sich nichts gegenüber der ursprünglichen Planung. Das Tarifiergebnis wird übernommen – allerdings zeitversetzt“, erklärte Liess. Ab der Besoldungsgruppe A11 erfolge jetzt eine Erhöhung der ursprünglich geplanten Besoldungsanhebung auf 1,5 statt bisher 1 Prozent verbunden mit einer linearen Erhöhung von 30 Euro für 2013 und 40 Euro für 2014. „Damit profitieren nun alle Besoldungsgruppen von der Erhöhung – allerdings weiterhin in unterschiedlichem Maße.“



Max Liess